

WEIHNACHTS- **NEWSLETTER**- DEZEMBER 2020

Liebe Eltern der Kreis- und Stadtschulpflegschaften aus NRW,

liebe Schulleitungen, Lehrkräfte, Schüler*innen und Bildungsinteressierte in NRW,

sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren!

Weihnachten - still, friedvoll, fröhlich, besinnlich und hoffnungsvoll? Corona-bedingt wird dies wohl nur stark eingeschränkt möglich sein. Doch uns bleibt die Hoffnung auf das nächste Weihnachtsfest, welches vielleicht im gewohnten Rahmen stattfinden kann. Aber es bleibt auch die Hoffnung, dass wir im kommenden Jahr nicht an Altem festhalten, sondern neue Wege für mehr Bildungsgerechtigkeit gehen.

Was wünschen wir uns zu Weihnachten? Bildung, Förderung und Betreuung unserer Kinder müssen gewährleistet sein, Schüler*innen mit Förderbedarf oder Behinderung müssen die notwendige Unterstützung und schulische wie häusliche Hilfen bekommen, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit müssen ermöglicht werden.

Harter Lockdown ab 16.12.2020 bundesweit

Die Entscheidung der Bundeskanzlerin und Ministerpräsident*innen vom 13.12.2020, einen harten Lockdown ab dem 16.12.2020 zu verhängen, zeichnete sich schon in den letzten Wochen ab: Die Zahlen der Infizierten und der in Zusammenhang mit Corona Gestorbenen stiegen und steigen kontinuierlich an.

„SCHUSS VOR DEN BUG“, haben wir unsere letzte Pressemitteilung betitelt. Wir hätten aber auch schreiben können: „REICHT DER EINSCHLAG, dass wir nun bereit sind, Wissenschaft und Medizin zu glauben oder muss erst jeder selbst betroffen sein?“. Wir als Elternverband haben schon einmal betont, dass wir nicht beurteilen können, welche der wissenschaftlichen Erkenntnisse die bahnbrechenden seien werden. Doch wir tun gut daran, die derzeitigen Empfehlungen ernst zu nehmen. Gerade deshalb darf es auch keine Ausnahme für Schule geben. Denn solange wir nicht absolut sicher sein können, dass Kinder keine asymptomatischen Überträger oder auch Treiber sein können, sollte auch das Risiko einer Verbreitung durch Schulen als Drehscheibe minimiert werden. Deshalb dürfen auch andere mechanische Schutzmittel kein Tabu sein, um den Schutz zu verstärken, sowie sie bereits im Landtag, in Gerichten und vielen anderen Behörden erprobt werden.

Nun tritt das Unvermeidliche ein. Ein weiterer Lockdown, und für die Schulen und Kitas werden entsprechende Regeln beschlossen. „*Daher werden in diesem Zeitraum (16. Dezember 2020 bis 10. Januar 2021) die Schulen grundsätzlich geschlossen oder die Präsenzpflicht wird ausgesetzt. Es wird eine Notfallbetreuung sichergestellt und Distanzlernen angeboten. Für Abschlussklassen können gesonderte Regelungen vorgesehen werden.*“ (Aus dem Beschluss der Bundesregierung und Ministerpräsident*innen vom 13.12.2020)

NRW wählt anstatt Schließung der Schulen einen „weicherer“ Weg: Aufhebung der Präsenzpflicht für die Jahrgänge 1-7 und Distanzunterricht für die anderen Jahrgänge. An den Randbereichen vor und nach den Weihnachtsferien findet kein Unterricht statt. Klassenarbeiten und Klausuren sollen aber geschrieben werden können, falls es nicht anders möglich ist. Für Schülerinnen und Schüler mit einem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung, der eine besondere Betreuung erfordert, muss diese in Absprache mit den Eltern oder Erziehungsberechtigten sichergestellt werden.

(Schulmail vom 11.12.2020)

Die Entscheidung kam überraschend vor der Bund-Länderkonferenz und bedeutet eine Abkehr von der bisherigen harten Linie des Schulministeriums, nur auf Präsenzunterricht zu setzen und jegliche andere Modelle zu verbieten. Hätte es aber alternative Modelle gegeben, dann wäre auch jetzt ein Präsenzanteil möglich, zumal viele Schüler*innen auf Betreuung und Förderung angewiesen sind. Zudem wurde die Entscheidung am Freitagmittag, 10.12.20 getroffen, sodass die Schulen die Schüler*innen nicht direkt informieren und ihnen keine Arbeitsmaterialien oder digitale Endgeräte mitgegeben werden konnten. Auch wenn diese inzwischen mitunter plötzliche Kommunikationspolitik wieder für Verwirrung bei Schulen und Eltern gesorgt hat, waren einige Schulen gut vorbereitet und haben inzwischen das Planungsdefizit eingeplant, aber andere hat es kalt erwischt. Als Eltern sind wir dankbar, dass es immer noch Lehrkräfte gibt, die nicht aufgeben, doch trotzdem machen wir uns Sorgen, wie es wohl gelingt junge Menschen noch für diesen Beruf zu gewinnen. Dafür muss sich an Schule viel verändern.

Was fehlt bei den Beschlüssen?

Sowohl der gemeinsame Beschluss des Bundes und der Länder sowie die NRW-Regelungen zu dem Bereich sind einfach formuliert und blenden alle Herausforderungen aus, denen sich Schulen, Schüler*innen, Lehrer*innen, Eltern und weitere Bildungsakteure stellen müssen. Zudem wird keine Perspektive für die Zeit nach dem 10. Januar 2021 aufgezeigt. Es ist eigentlich jedem klar, dass trotz Impfungen das nächste Jahr von der Corona-Krise und Schutzmaßnahmen gegen das Virus geprägt sein wird und wir alles dafür tun müssen, dass keine dritte Welle beginnt.

Doch es steht zu befürchten, dass von Seiten des NRW Schulministeriums die zweite Hälfte des Schuljahres weiterhin ohne alternative Konzepte – außer Präsenzunterricht und Durchführung der Abschlussprüfungen, egal wie – angegangen wird. Doch gerade bei den Abschlüssen fehlt Ehrlichkeit. Der Rückstand aus dem vorherigen Schuljahr ist längst nicht kompensiert und auch in diesem Lock Down ist Chancengleichheit nicht gegeben. Die gesamte Problematik wurde in den letzten Monaten von den Eltern- und Lehrerverbänden, Gewerkschaften sowie den kommunalen Spitzenverbänden immer wieder deutlich aufgezeigt. Seit Beginn der Coronakrise fordern wir einen Plan B und C, wie den Fokus auf Förderung auch durch externe kommunale Bildungspartner, statt auf Prüfungen.

Gerade durch die Prüfungen wird paradoxausweise die Länderhoheit aufgegeben. NRW schwimmt also in Abhängigkeit einer konzeptlosen KMK, die nicht einheitlich reagieren wollte, weil nicht alle gleich schlimm betroffen waren. Nun sind alle Bundesländer betroffen, doch darauf war die KMK nicht vorbereitet. Sehenden Auges hat man die Vollschiebung abgewartet, statt vorab Alternativen zu entwickeln und hat die Warnungen der Kanzlerin und der Wissenschaft ignoriert.

Um aber auf die pandemische Entwicklung angepasst reagieren zu können, muss von der Zentralisierung abgerückt werden und den Kommunen/ Schulen vor Ort mehr Flexibilisierung

eingeräumt werden, damit mehr Bildungsangebote genutzt und ermöglicht werden können. Dazu brauchen wir aber einheitliche Konzeptalternativen für Wechsel-, Schicht-, Hybrid- oder Distanzunterricht, auf die die Kommunen/ Schulen je nach Lage zurückgreifen können. Damit diese möglich sind, müssen alle Beteiligten endlich akzeptieren, dass alle Schulen ein Teil der pandemischen Entwicklung sind und entsprechend ausgerüstet und vorbereitet werden müssen.

Die Problemberiche – eine nicht vollständige Auswahl

Schule ist mehr als nur eine Bildungseinrichtung – Betreuung ist ein Kernelement

Selbstverständlich haben Kinder ein Recht auf Bildung, schulische Förderung und manche auch auf Therapien. Viele Kinder, die von ihren Familien nur wenig unterstützt werden können, brauchen zusätzliche Förderung. Die Ganztagsbetreuung kann solche zusätzlichen Angebote schaffen und tut das auch schon an vielen Orten. Der Ganztag ist aber wie Schule selbst, finanziell unversorgt.

Doch auch Familien haben das Recht auf sichere Betreuung. Ohne diese können viele Familien ihrer Arbeit nicht nachkommen. Gerade den Eltern, die keine Einkommenssicherheit haben oder nicht im Homeoffice arbeiten können, insbesondere diejenigen, die uns versorgen, heilen, pflegen sind darauf angewiesen, dass wir ihnen den Rücken freihalten. Um sich auf ihre Aufgabe konzentrieren zu können, möchten sie Betreuung, Förderung und Bildung ihrer Kinder gesichert wissen. Deshalb muss Betreuung qualitative Bildungsangebot machen und in enger Abstimmung mit Schule wirken. Hinsichtlich dessen, dass NRW auch hier einen Sonderweg des Ganztags, offen statt gebundenen Ganztag, gegangen ist, aber der verbindliche Betreuungsanspruch des Bundes beschlossen wurde, muss der Ganztag neu gedacht und integriert werden. Eine Chance in der Pandemie, sofern auch hier räumliche und personelle Ressourcen aufgestockt werden.

Digitalisierung

Viele Millionen Euro finanzieller Unterstützung werden den Kommunen für die längst überfällige Digitalisierung zur Verfügung gestellt. Dieses klang wie ein Vorweihnachtsgeschenk. Doch wer geglaubt hatte, dass Millionen Endgeräte in einer weltweiten Pandemie innerhalb von wenigen Wochen geordert und geliefert werden können, glaubt sicherlich auch an den Weihnachtsmann. Und wer dann noch geglaubt hat, dass sich alle Lehrkräfte freiwillig nachschulen und jede Schule schon pädagogische Digitale Konzepte entwickeln konnte, trotz fehlender Personalressource, glaubt zusätzlich sicherlich an Wunder.

Doch, dass die Digitalisierung nun diesen Anschub erhält, verdanken wir durchaus Corona und auch dem Vorhaben der Landesregierung, Versäumnisse nun ausgleichen zu wollen. Positiv ist, dass die Bereitstellung der Endgeräte nach Bedürftigkeit und Bedarf der Schüler*innen durch die Schulen erfolgt.

Es fehlt jedoch die Anerkennung der digitalen Endgeräte als Lernmittel. Es kann nicht sein, dass Familien für ihre Kinder diese Geräte auf eigene Kosten anschaffen. Wenn man für ein iPad (inkl. Zubehör und Versicherungskosten) von über 600 Euro, und für einen Laptop (inkl. Versicherung) ca. 700 Euro ansetzt, müssen Familien mit mehreren Kindern um die 1.300 Euro bezahlen, zusätzlich zu den anderen Ausgaben für Kopien, Klassenfahrten etc. Das ist unzumutbar.

So wichtig Endgeräte sind, braucht es auch einen guten Support und Betriebsmöglichkeiten wie flächendeckendes WLAN. Gute pädagogische Konzepte für das Lernen mit digitalen Medien im

Präsenz- und Distanzunterricht müssen entwickelt und bereitgestellt werden. Doch dafür fehlen Verfügungszeiten. Dazu bedarf es auch entsprechender Fortbildungen bzw. Weiterbildung. Wenn dann aber die Lehrkräfte auch noch Hygienepläne entwickeln und die Nachverfolgung dokumentieren sollen, schwindet die Zeit für Bildung und Förderung zunehmend. Jede einzelne Infektion hat dann in dem fragilen System erhebliche Auswirkungen, die Benachteiligungen verstärken. Aber auch besonders engagierte Lehrkräfte haben nur 24 Stunden am Tag und Grundbedürfnisse.

Die Krise hat aber auch gezeigt, dass soziale Beziehungen, direkter Kontakt zwischen Schüler*innen und Lehrer*innen nur bedingt zu ersetzen sind und großen Einfluss auf den schulischen Erfolg haben. Geht man von diesen beiden Faktoren aus, soziale Teilhabe und Notwendigkeit der Betreuung, brauchen wir entsprechende personelle und räumliche Ressourcen. Der große Bedarf wurde in der Krise aber nicht ausreichend berücksichtigt und zu wenig aufgestockt. Auch hier wirkt die Pandemie nur wie ein Brennglas. Schule war in den vergangenen Jahrzehnten zwar ein hervorragendes Wahlkampfthema im Land; die daraus folgende Hau-Ruck und Hin-und-Her Politik gemacht hat, jedoch immense Kosten erzeugt und Müdigkeit verursacht. Dringend notwendige Investitionen in Personal und Raum schienen dabei weniger wichtig als Konzepte. Wie wenig uns das gelungen ist, zeigen die nicht sinkenden Schülerzahlen, die keinen Abschluss schaffen und /oder keinen Anschluss erhalten. Wir müssen dringend von diesem „Marketing“ der Schulpolitik weg und uns um den Bestand verantwortungsvoll kümmern und so die Schulen zukunftsfähig machen.

Schüler*innen mit Förderbedarf und Behinderungen

Schüler*innen mit Förderbedarf oder Behinderungen können vielfach kaum oder nicht auf Distanz beschult werden. Sie wurden aber bis heute vielerorts nicht wieder im vollen Umfang in der Präsenz unterrichtet. Es braucht andere Konzepte, die mehrere Elternverbände schon in der Presserklärung von Anfang Mai „VERGESSENE KINDER! SCHULE AUF – ABER DANN FÜR ALLE!“ gefordert haben, als die Wiedereröffnung nach dem Frühjahrs-Lockdown anstand. Diese Kinder haben auch ebenso ein Recht auf Bildung, Förderung und Betreuung, und zwar qualifizierte! Zusätzlich geht es bei vielen auch um Therapieangebote - die auch wegfallen, wenn kein Präsenzunterricht stattfindet.

Als einen Lösungsweg hatten wir den Einsatz der Schulbegleiter*innen in den Familien gefordert, falls eine Beschulung nicht direkt möglich ist. Dies funktioniert auch in einigen Kommunen, aber eben nicht überall. Wie im ersten Lockdown, legen Kommunen abermals den Rotstift an und wollen diese Hilfen nicht bewilligen, wohlwissend, dass auch ältere Schüler*innen mit einer Behinderung dringlich auf diese Assistenz angewiesen sind. Die häusliche Unterstützung durch Schulbegleitung muss deshalb gesichert sein, damit Familien, aber auch die Träger Planungssicherheit haben. Durch die Zusage der Mittelübernahme nach regulärer Stundentafel können die Schulbegleiter kontinuierlich und sicher eingesetzt werden; nur so gehen die Begleitungen nicht verloren oder gefährden weitere Existzenzen.

Zusätzlich brauchen wir für diese Schülergruppe, dringlich weitere Schutzvorkehrungen, damit eine Teilhabe in vollem Umfang wieder gewährleistet wird.

In der Schulmail vom 11.12.2020 wird nur auf eine Notfallbetreuung in Absprache mit Eltern und Schule verwiesen, auch für Schüler*innen in den Förderschulen bis zur 7. Klasse. In der Schulmail vom 13.12.2020 wird ergänzt: „Ab Klasse 8 erfolgt der Unterricht grundsätzlich in Distanz.“

Schülerinnen und Schüler an Förderschulen mit einem besonderen Betreuungsbedarf werden auch in den Jahrgangsstufen 8 und darüber ein Angebot für den Unterricht in Präsenz in ihren Schulen erhalten.“ Damit wurde den Schüler*innen mit Behinderung ihr sonderpädagogischer Bedarf anerkannt, aber warum dann nur an Förderschulen? Was ist mit den Kindern mit sonderpädagogischem Bedarf im gemeinsamen Lernen, auch über die Klasse 8 hinaus? Diese Kinder dürfen nicht wieder vergessen werden. Denn für diese Familien geht es um mehr als Bildung, Förderung und Betreuung – es geht um Therapieangebote und Entlastung, ob eigene Kinder oder adoptierte oder in Pflege genommene Kinder mit einer Behinderung! Letztere haben nicht selten mehrere Kinder mit einem Bedarf aufgenommen und werden jetzt im Stich gelassen.

Alle Corona Maßnahmen werden zum Schutz vulnerabler Gruppen getroffen, die besonders gefährdet sind. Deshalb müssen die Verantwortlichen von Bund, Länder und Kommunen gerade auch diese Schülergruppe im Blick haben und ihr Recht auf Teilhabe sichern. Perspektivisch für das kommende Jahr müssen vulnerablen Schüler- und Lehrergruppen endlich ausreichend Schutzmitteln, wie FFP2-Masken zur Verfügung gestellt werden, damit ihnen eine Präsenzteilnahme überhaupt möglich bleibt. Es müssen aber auch Alternativen wie Schutzwände, Filteranlagen und ähnliche mechanische Maßnahmen ausgebaut werden.

Mit alternativen Konzepten flexibel auf die Corona Krise reagieren – kein dogmatisches Festhalten am Präsenzunterricht und Fahren auf Sicht.

Bis jetzt ist das Schulministerium (MSB) die harte Linie gefahren, nur auf Präsenzunterricht zu setzen und jegliche andere Modelle zu verbieten. Dies machte der Umgang des MSB mit den Konzepten der Stadt Solingen und anderer Kommunen (z.B.: Lünen) deutlich. Es muss möglich sein, neben dem vollen Präsenzunterricht auch Wechsel- und Hybridunterricht sowie Distanzlernen zu ermöglichen. Dies sollte in Abhängigkeit von den Inzidenzzahlen innerhalb einer Kommune entschieden werden können und nicht einer einzelnen Schule, denn Schüler*innen kommen oft nicht aus einem Stadtbezirk. In das Konzept müssen auch die Ganztagsbetreuung mit Betreuungsangeboten von außerschulischen Partnern, Förder- und Forderangebote, sowie die Mittagsverpflegung mit einfließen. Eltern möchten nicht durch eine Drehscheibe Schule gefährdet werden und möchten Transparenz und Planbarkeit.

Die Abschlussprüfungen für die Sek I sowie Fachoberschulreife und das Abitur stehen an. Wie soll damit umgegangen werden? Wie soll der Weg dorthin aussehen, wenn z.B. vorher Klausuren, oder Prüfungen, nur eingeschränkt stattfinden können. Wie ist mit Schüler*innen umzugehen, die erkranken oder unter Quarantäne stehen? Wie wird mit vulnerablen Schüler*innen umgegangen. Müssen Inhalte und Abschlussprüfungszeiträume angepasst werden? All diese Fragen stellen sich wieder mit der gleicher Wucht wie im Frühjahr. Antworten sind offen. So hoffen wir, dass zeitnah Anpassungen stattfinden, dass der Schuss vor den Bug wachgerüttelt hat. Bildung und Förderung muss dabei im Fokus stehen und Prüfungen auf die Möglichkeit der Schulen angepasst werden. Wir erwarten nun endlich einen ehrlichen Blick auf die Ungleichheiten. Den Schulen muss der Druck genommen werden, aber auch mehr zugetraut werden. Wieviel Lehrkräfte können, zeigt die Krise, aber sie brauchen auch Hilfen. Die Förderung der Schüler*innen muss vor Gleichmacherei oder bundeseinheitlichen Prüfungen stehen. Die Gegebenheiten vor Ort sind dabei das Barometer.

Förderangebote in den Schulferien

Es werden weiterhin verstärkt Förder- und Betreuungsangebote in den Schulferien benötigt. Das von der Landesregierung aufgelegte Programm für die Sommerferien wurde spät bewilligt. Dadurch waren die Kommunen / Träger nicht in der Lage, entsprechende Angebote zu erstellen bzw. die Familien zu erreichen. In den Herbstferien hat es schon etwas besser funktioniert. Jedoch werden diese Mittel nicht im erforderlichen Umfang abgerufen und genutzt. Hier gibt es Vorschriften, die eine effiziente Nutzung blockieren. Es muss dringlich nachgesteuert werden, wenn von 75 Millionen Euro gerade einmal 6 Millionen abgerufen wurden. Den Kommunen muss hier mehr Gestaltungsspielraum eingeräumt werden. Es kann auch nicht sein, dass wenn so viele Mittel bisher nicht genutzt werden, dass plötzlich Kommunen wieder dringend benötigte häusliche Hilfen ablehnen oder keine Weihnachtsferienangebote auflegen können. Hier müssen Verantwortliche sich noch vor Weihnachten austauschen, wie das zuverlässig und kurzfristig gesichert werden kann. Denn mehr den je, brauchen Schüler*innen/ Familien in diesen Ferien Betreuungs-, Förder- und Forderangebote. Anders wird es vielen Pflege-, Reinigungskräften, Ärzten, Laborant*innen, Lebensmittelverkäufer*innen usw. nicht möglich sein ihren Job zu erfüllen – UNS- zu heilen, pflegen, versorgen usw.! Sie und ihre Kinder brauchen diese Angebote und unsere Unterstützung! Es bleibt auch nicht viel Zeit bis zu den Osterferien. Damit diese Schülergruppen weiterhin Lücken schließen können, müssen schon im Januar Mittel bewilligt werden, damit diesmal die Rahmenbedingungen frühzeitig bekannt werden und Planungssicherheit möglich wird.

Was ist noch zu sagen?

Wir Eltern können diese Entscheidungen nur bedingt beeinflussen, aber wir können an unsere Politiker*innen und Regierenden appellieren, dass sie unsere Hilfe nutzen und mit uns wieder in den Dialog treten. Wir können sie auffordern, Wissenschaft ernst zu nehmen und wir können sie auffordern, endlich eine Verantwortungsgemeinschaft zu bilden, die Bildung und Betreuung neu denkt. Unsere Wünsche (Forderungen) bleiben daher unverändert:

- **Bildung, Betreuung und Förderung gemeinsam denken**
- **Konzepte prozessorientiert mit allen Akteuren zusammen entwickeln**
- **Kommunen als Bildungsakteure und damit Auftraggeber der kommunalen Bildungsträger ernst nehmen und einbinden, damit Landesmittels auch genutzt werden können**
- **Gestaltungsspielraum für alternative Modelle (Schicht-, Wechsel-, Hybrid- und Distanzunterricht) ermöglichen**
- **Alle mechanische Schutzmittel ausweiten, vulnerable Gruppen mit Selbstschutzmittel ausstatten und nach Bedarf Trennwände, Luftfilteranlagen, mehr Räumlichkeiten ermöglichen**
- **Bildungs-, Förder-, Forder- und Betreuungsangebote für Schüler*innen sichern, auch in diesen Weihnachtsferien**
- **Abschlüsse sichern, durch erweiterte und dezentrale Prüfungsalternativen**
- **Digitale Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und Eltern ermöglichen**

Wenn von den bereitgestellten 75 Millionen Euro zusätzliche Ferien- und Förderangebote bisher nur 6 Millionen Euro von den Kommunen abgerufen wurden, dann stimmt etwas nicht, wenn gleichzeitig auf der anderen Seite Schulen mehr Unterstützung und mehr Angebote fordern. Hier müssen die Ausschreibungskriterien so verändert werden, dass Kommunen die Mittel in ihren vorhandenen Strukturen nutzen können. Es darf nicht weiter zu Blockaden kommen. Kommunen und Ministerium

müssen schnell und unkompliziert alle Mittel nutzen, damit auch in der Pandemie Chancengerechtigkeit wiederhergestellt werden kann.

Es mangelt also nicht am Geld, sondern Verordnungen müssen angepasst werden und Vertrauen muss wiederhergestellt werden. Den Eltern ist völlig egal, wie und wer die Angebote finanziert, doch sie fordern entsprechende Betreuungs- und Förderangebote.

Zum Schluss darf auch das Potential der Eltern als einer der Bildungsbausteine nicht unterschätzt werden! Daher wiederholen wir auch die Forderung der Vernetzung und die Forderung einer Weiterbildung für Eltern. Auch hierfür könnten die zusätzlichen Fördermittel eingesetzt werden, denn Eltern müssen auch bei der Digitalisierung ihrer Kinder Schritt halten können, damit sie ihre Kinder auch im Distanzlernen unterstützen können.

Diese Krise hat also das Potential uns einen besseren Umgang mit unseren Ressourcen beizubringen, und zeigt uns, wo wir uns anstrengen müssen, und welche Nachsteuerungen und Verbesserungen notwendig sind. Lassen Sie uns das gemeinsam tun. Die Schüler*innen brauchen ihren Sozialkontakt und wieder Freude am Lernen. Auch die Schüler*innen stellen eindeutige Forderungen, die wir ebenso ernst nehmen müssen, denn es geht um ihre Zukunft. Nicht nur bei der Bewältigung dieser Krise sondern auch ihre Warnungen vor der Klimakrise zeigen, dass sie sehr gut wissen, was sie für ihren Lernerfolg und ihre Zukunft benötigen. Doch wir sind es, die jetzt die Verantwortung tragen und ihnen eine lebenswerte Zukunft hinterlassen müssen.

Mehr denn je können wir die Verantwortung nicht auf wenige politische Akteure abladen sondern müssen uns als Eltern aktiv einbringen. Dies können und sollten alle Eltern über ihre Kreis- und Stadtschulpflegschaft oder Landesverbände tun. Hier beginnt Solidarität für eine gute Krisenbewältigung.

Wir möchten deshalb auch in diesem Jahr unsere Hoffnung nicht aufgeben und erst recht nicht zu Weihnachten. Hoffnung ist die Chance für einen gesunden und guten Neustart. Hoffnung ist auch die Aussicht, dass es uns gelingen wird und wir gemeinsam durch die Krise kommen. Wir hoffen deshalb, dass Wahlkampftheater ausbleibt und wir uns gemeinsam auf Lösungen und Konzepte konzentrieren. Doch eins müssen wir dringlich auch zu Weihnachten tun und können uns in diesen Ferien nicht entspannt zurücklegen und feiern: Wir müssen im Dialog bleiben und respektvoll miteinander umgehen.

Noch vor Weihnachten, vor dem neuen Jahr müssen Gespräche wieder aufgenommen werden und alternative Konzepte entwickelt werden, damit die Schulen Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen frühzeitig wissen, wie es nach dem 10. Januar 2021 weitergehen wird!

Es gilt deshalb unsere Forderung: Machen wir den Schuldampfer gemeinsam seeklar und manövrierfähig für unbekannte Gewässer mit neuen Zielen, sodass wir dann auch die Aussicht wieder genießen können. Manchmal werden Wunder auch außerhalb von Weihnachten wahr.

Die Themen werden auch im kommenden Jahr nicht abreißen, deshalb halten Sie bitte durch. Wenn es irgendwie geht, wünschen wir Ihnen allen Momente der Erholung, der Zuversicht und dafür eine gesegnete Zeit. Wir möchten aber nicht schließen, ohne uns nochmals bei Allen – wirklich bei allen Akteuren bei Land, Ministerium, Kommune, Verwaltung, Schule, Lehrkräfte, Familien, Eltern und

Schüler*innen für Ihre vielen Bemühungen bedanken. Wir wünschen uns eine bessere prozessbeteiligte Zusammenarbeit aller - für die Zukunft unserer Kinder.

Bleiben Sie behütet und hoffentlich gesund. Allen Erkrankten wünschen wir eine schnelle und vollständige Genesung. Danke an alle diejenigen, die helfen, pflegen, versorgen und vieles mehr und diejenigen, die respektvoll streitbar und dialogfähig für Lösungen bleiben!

Besinnliche Weihnachtszeitgrüße

Ihr Vorstand der Landeselternkonferenz NRW



...CHANCEN NUTZEN!